

RENTE



GUTE ALTERSSICHERUNG FÜR ALLE GENERATIONEN: GESETZLICHE RENTE STÄRKEN

Arbeitnehmer*innen verdienen eine gute Rente: im Alter oder bei Erwerbsminderung. Dabei geht es nicht um ein Almosen oder Armutsbekämpfung. Die Höhe der Rente muss für das gewohnte Leben und die aktuelle Wohnung reichen. Da aber die Lebenserwartung und die Zahl an Rentner*innen absehbar steigen, steigen auch die Kosten. Das ist unstrittig. Für den DGB ist klar: Eine gute Rente ist bezahlbar und machbar. Wie das gelingen kann, zeigen wir in diesem Faktenpapier. Wir zeigen auch, warum ein sinkendes Rentenniveau und ein höheres Rentenalter Irrwege sind, die insbesondere junge Menschen belasten.

Renten wurden massiv gekürzt

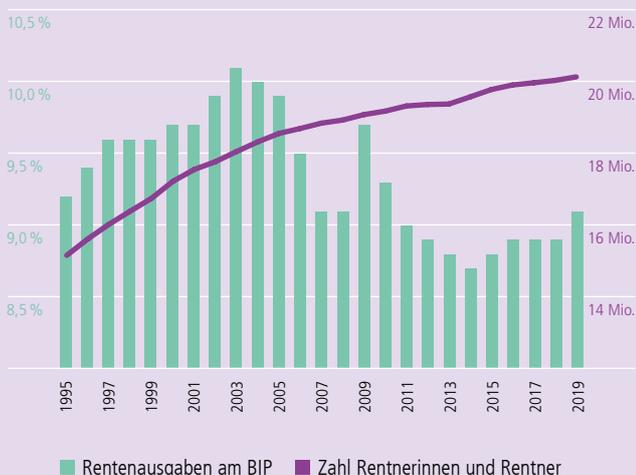
In den 2000er Jahren hat die Politik in großer Einmütigkeit die Rente auf allen Ebenen gekürzt: späterer Rentenbeginn, geringeres Rentenniveau und weniger sozialer Ausgleich. Damit sollte verhindert werden, dass der Beitragssatz trotz mehr Rentner*innen steigt. Außerdem sollten die Unternehmen geschont werden, denn die Arbeitgeber*innen zahlen die Beiträge zur Hälfte. Die Kürzungen waren dramatisch. Die Zahl der Rentner*innen stieg von 2000 bis 2019 um 17 Prozent. Obwohl heute somit drei Millionen Menschen mehr Rente beziehen als im Jahr 2000, gibt Deutschland mit 9,1 Prozent weniger vom Wohlstand (BIP) für die Renten aus als im Jahr 2000, als der An-

teil noch bei 9,7 Prozent lag. Den Verlauf seit 1995 bis heute zeigt Abbildung 1.

Beitragssatz und Rentenniveau

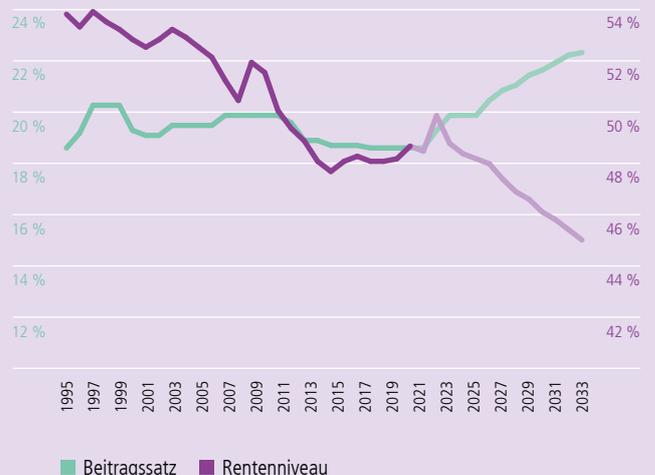
Aufgrund der Rentenkürzungspolitik liegt der Beitragssatz, also der Anteil, der vom Bruttolohn in die Rente eingezahlt wird (zur Hälfte von Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in), heute so niedrig wie seit 1995 nicht mehr. Dazu wurde auch das Rentenniveau gesenkt (Abbildung 2). 2025 wird die Haltelinie von 20 Prozent beim Beitragssatz und von 48 Prozent beim Rentenniveau enden. Danach sieht das geltende Recht vor, dass das Rentenniveau sinkt, obwohl der Beitragssatz steigen wird.

Abb. 1: Rentner*innen und Rentenausgaben am BIP



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung; Werte aus Rentenversicherung in Zeitreihen 2020

Abb. 2: Beitragssatz und Rentenniveau



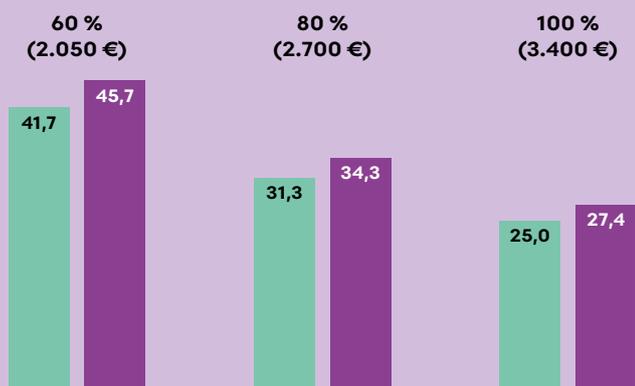
Quellen: Eigene Berechnung und Darstellung; Werte aus Rentenversicherung in Zeitreihen 2020 bzw. Rentenversicherungsbericht 2020

Sinkendes Rentenniveau trifft besonders Menschen mit geringem Lohn

Sinkt das Rentenniveau, dann steigen die Renten langsamer. Neben den aktuellen Rentner*innen verlieren auch alle, die heute oder morgen arbeiten. Denn sie müssen länger arbeiten, damit die Rente so hoch wie bisher ausfällt. Besonders ungerecht ist: wer wenig verdient, muss für die gleiche Rente besonders viele Jahre zusätzlich arbeiten.

Abbildung 3 zeigt, wie viele Jahre bei einem bestimmten Lohn nötig sind, damit die Rente das Existenzminimum von 835 Euro erreicht. Wäre das Rentenniveau heute noch auf dem Stand des Jahres 2000, müssten wir bei 60 Prozent des Durchschnittslohns (rund 2.050 Euro) rund 42 Jahre arbeiten. Durch die Senkung des Rentenniveaus auf 48,2 Prozent sind tatsächlich aber fast 46 Jahre nötig. Das gesunkene Rentenniveau bedeutet also, dass man vier Jahre länger fürs Existenzminimum arbeiten muss. Verdient man genau den Durchschnittslohn (rund 3.400 Euro), dann würden bei dem alten Rentenniveau von 52,9 Prozent 25 Jahre für das Existenzminimum im Rentenalter reichen. Stattdessen sind es 27,4 Jahre, also über zwei Jahre länger.

Abb. 3: Notwendige Beitragsjahre nach Lohnhöhe
Verdienst in Prozent des Durchschnittseinkommens



■ bei einem Rentenniveau des Jahres 2000 (52,9 %) notwendige Beitragsjahre, um das Existenzminimum von 835 Euro im Rentenalter zu erreichen
■ bei dem tatsächlichen Rentenniveau des Jahres 2020 (48,2 %) notwendige Beitragsjahre, um das Existenzminimum von 835 Euro im Rentenalter zu erreichen

Anmerkung: Die Rechnung erfolgt auf Basis des Durchschnittslohns; der angegebene Bruttolohn gilt für 2020 und ist auf 50 Euro gerundet.

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

Rentenkürzungen belasten die künftigen Generationen

Ein niedrigeres Rentenniveau trifft die jungen Menschen besonders. Wenn politisch nicht gehandelt wird, liegt das Niveau 2050 oder 2060 nur noch bei etwas über 40 Prozent. Gleichzeitig sinkt der Beitrag, den sie für die Altersvorsorge aufwenden müssen, nicht: Denn um das sinkende Rentenniveau auszugleichen, sollen sie privat vorsorgen. Die Bundesregierung geht von sechs Prozent zusätzlichem Sparbeitrag aus. Den Beitrag zahlen die Beschäftigten aber alleine, ohne die Arbeitgeber*innen – eventuell noch mit ein bisschen Steuerzuschuss.

Dabei leisten die privaten Versicherungen nicht mal im Ansatz, was versprochen wurde. Die Rechnung geht für die jungen Menschen also schon heute nicht mehr auf.

Durchhalten bis zur Rente?

Möglichst alle sollen gesund bis zur Rente kommen und auch im Alter noch viele gute, gesunde Jahre erleben. Um dieses Ziel zu erreichen, lohnt ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Arbeitsbelastung und Lebenserwartung. Meist wird mit der durchschnittlich steigenden Lebenserwartung die Notwendigkeit begründet, das Rentenalter weiter anzuheben. Doch die Lebenserwartung steigt nicht für alle gleich: Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, stirbt im Durchschnitt früher. Dies ist heute schon ungerecht und würde sich mit einem noch späteren Rentenbeginn weiter verschärfen.

Starke Rente: jetzt

Für den DGB ist klar, wir müssen die gesetzliche Rente stärken. Deutschland muss sich wieder eine gute Alterssicherung leisten.

DER DGB FORDERT:

- Das Rentenniveau ist dauerhaft bei 48 Prozent zu stabilisieren und muss im weiteren Schritt angehoben werden.
- Statt immer mehr Geld der Menschen in private Versicherungen zu stecken, muss die gesetzliche Rente ordentlich finanziert werden:
 - Der Beitragssatz darf nicht auf 22 oder gar 20 Prozent gedeckelt werden.
 - Der Bundeszuschuss, der aus Steuern finanziert wird, muss steigen. Zum einen um die nicht beitragsgedeckten Leistungen wie die sogenannten Mütterrenten zu finanzieren. Zum anderen weil die Folgen einer immer älter werdenden Bevölkerung nicht den Rentenversicherten alleine aufgebürdet werden dürfen.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden. Im ersten Schritt sind die Selbstständigen einzubeziehen.
- Der solidarische Ausgleich muss gestärkt werden. Niedriger Lohn, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege oder Bildung dürfen keine Löcher in die Rente reißen.
- Das Rentenalter darf nicht angehoben werden.